

Stellungnahme

Düsseldorf, 15. Oktober 2021

Zum Antrag „Mehr Fachkräfte für die Planung des Infrastrukturausbaus gewinnen“ (Drs. 17/13774)

Der Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen verbindet als Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband nordrhein-westfälische Unternehmen der Bauindustrie und benachbarter Branchen. Als freiwilliger Zusammenschluss und größtes Kompetenzzentrum der Bauindustrie in NRW betreut und repräsentiert der Verband Bauunternehmen aller Bausparten. Seine Mitgliedsunternehmen stehen für mehr als drei Viertel der in Nordrhein-Westfalen erbrachten Bauleistung und beschäftigen rund zwei Drittel aller Mitarbeiter des Bauhauptgewerbes¹. Von kleinen Familienbetrieben über kleinere und große mittelständische Unternehmen bis hin zu Niederlassungen international agierender Baukonzerne sind die Mitgliedsunternehmen in allen Bereichen des Hoch- und Tiefbaus tätig. Diese agieren als Partner sowohl von privaten als auch vielfach von öffentlichen Auftraggebern. Der Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen ist der größte bauindustrielle Landesverband in der Bundesrepublik.

Eine qualitativ hochwertige, leistungs- und funktionsfähige Infrastruktur ist zentrale Grundlage für eine funktionierende Volkswirtschaft und einen attraktiven Wirtschaftsstandort NRW. Die Herausforderungen für unsere Infrastruktur werden in den nächsten Jahren enorm sein: parallel zum weiteren Abbau des Investitionsstaus der vergangenen Jahre müssen unsere Verkehrswege nicht mehr nur das stetig wachsende Verkehrsaufkommen meistern, sondern auch klimagerecht werden und die Mobilitätswende sicherstellen.

Dies wird nur in einem integrierten Verkehrssystem gelingen und nur dann funktionieren, wenn Planungs- und Genehmigungsverfahren von öffentlichen Verwaltungen effizient und effektiv durchgeführt werden. Eine zeitgemäße technische Ausstattung, die regelmäßige Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie eine strategische Nachwuchsplanung sind dabei Grundvoraussetzungen für reibungslose Abläufe. Erforderlich sind aber auch die flächendeckende Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, eine adäquate personellen Ausstattung der Bauplanungsämter sowie die landesweite Einführung digitaler Antragsplattformen, wie sie in Nordrhein-Westfalen für den Digitalen Bauantrag und die Digitale Bauakte bereits begonnen wurde.

Gut jede dritte Stelle in den kommunalen Bauämtern ist seit Mitte der 1990er Jahre weggefallen, in den kommenden 10 Jahren werden geschätzt bis zu 25 Prozent der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst in den Ruhestand gehen. Es ist aus Sicht der

¹ Unternehmen mit mehr als 20 Mitarbeitern

BAUINDUSTRIE NRW allerdings weder sinnvoll noch realistisch, dieser Entwicklung allein durch die Schaffung von neuen Stellen zu begegnen.

Mindestens so wichtig wie ausreichende Personalkapazitäten ist ein hinreichender Qualifikationsgrad und vor allem eine höhere Effizienz der Verfahrensabläufe und Arbeitsweise in den zuständigen Stellen. Davon hängt nicht zuletzt auch die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber ab, der – wie die mit ihm um Fachkräfte konkurrierenden Unternehmen und Planungsbüros – moderne und effiziente Arbeitsweisen und Rahmenbedingungen anbieten muss. Dies wird vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und einem wachsenden Mangel an Fachkräften zunehmend wichtiger werden.

Gleichzeitig gilt es, die Expertise und Planungskapazitäten am Markt konsequent zu nutzen und so die Auftraggeberseite zu entlasten. Die BAUINDUSTRIE verfügt über das technische und praktische Know-how sowie die Kapazitäten für den innovativen und nachhaltigen Erhalt und Ausbau unserer Straßen-, Schienen- und Wasserstraßeninfrastruktur.

Zu einzelnen Punkten des Antrags erlauben wir uns folgende Anmerkungen:

III.1 Personalgewinnung und III.3 Arbeitgeberattraktivität

Die bauindustriellen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen machen mit dem Modell eines Dualen Studiums sehr positive Erfahrungen – sowohl in Bezug auf eine geringere Abbrecherquote als auch im Hinblick auf eine möglichst frühe Integration in betriebliche Abläufe und die erfolgreiche Akquise von Berufsnachwuchs unmittelbar nach Studienabschluss.

Die bisherigen Schritte des Landes und einzelner landeseigener Betriebe – wie z.B. die Einführung eines Dualen Studiums für Bauzeichner bei Straßen.NRW – oder der im Antrag genannten Finanzverwaltung des Landes sollten deshalb unbedingt fortgeführt und ausgeweitet werden. Gleichzeitig muss die Öffentliche Hand modernere und effizientere Arbeitsweisen, einen höheren Digitalisierungsgrad, eine Vereinfachung der (internen) Verfahrensabläufe und eine attraktive Vergütungsstruktur anstreben, um für qualifizierten Berufsnachwuchs attraktiv zu sein.

Die hohe Abbrecherquote bei Bauingenieurstudenten ist aus Sicht der Bauindustrie NRW ein großes Problem, dem durch eine gute Betreuung in den Hochschulen, eine attraktive Gestaltung der Studiengänge und eine engere Verzahnung mit der Praxis begegnet werden kann.

III.2 Planungskapazitäten

Grundsätzlich müssen die erforderlichen Planungskapazitäten bei den öffentlichen Auftraggebern in ausreichendem Maß und mit der erforderlichen Qualifikation vorhanden sein, die Planungs- und Beschaffungsexpertise in den Kommunen gestärkt und die Kommunen bei Planungen weiter unterstützt werden. Nur so können Planungs- und Genehmigungsstaus bei Infrastruktur- und Baumaßnahmen verhindert werden.

Die vorhandene Expertise und die Kapazitäten am Markt sollten allerdings noch viel konsequenter genutzt werden. Die öffentliche Hand sollte dazu bei geeigneten Projekten Planung und Bau einheitlich vergeben, funktionale Ausschreibungen und partnerschaftliche Beschaffungsvarianten nutzen und Nebenangebote zulassen, damit Unternehmen im öffentlichen Bau ihre Innovations- und Leistungsfähigkeit effizient in Projekte einbringen können. Durch den konsequenten Einsatz von Planen und Bauen sowie funktionalen Ausschreibungen können den öffentlichen Auftraggebern so schon jetzt zusätzliche Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden.

III.4 Beschleunigung von Planungsverfahren

Die BAUINDUSTRIE NRW spricht sich dafür aus, Planungsverfahren für alle Verkehrsträger gleichermaßen zu beschleunigen und zu optimieren. Eine Vorhabenbündelung wird positive Wirkungen eher entfalten können, wenn beispielsweise der Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur in Verbindung mit der existierenden oder zu errichtenden Straßeninfrastruktur gedacht wird.

Während der Covid-19-Pandemie ist der technische und personelle Reformbedarf unserer öffentlichen Verwaltungen, vor allem der Bauverwaltungen, sehr sichtbar geworden: Land und Kommunen müssen die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen weiter intensivieren und Mindeststandards festlegen, um einen Flickenteppich unterschiedlicher Softwareanwendungen und Inkompatibilitäten zu vermeiden. Dies gilt auch für die konsequente Einführung des Building Information Modelling (BIM).

Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen e.V.

RA'in Prof. Beate Wiemann
Hauptgeschäftsführerin

Niklas Möring
Leiter Politik